

Obama will Waffenrecht im Alleingang verschärfen

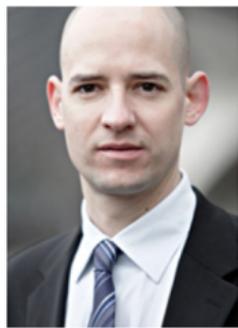
«In den USA gibt es einen grundsätzlichen Glaubenskrieg»

WASHINGTON - Barack Obama will den Verkauf von Waffen besser kontrollieren. Wie weit kann er dabei im Alleingang gehen? BLICK sprach mit dem Politologen Louis Perron über den umstrittenen Plan des US-Präsidenten.



US-Präsident will schärfere Waffengesetze

Von Georg Nopper



Louis Perron aus Zürich ist Politologe und Politberater. Er hat ein Buch über amerikanische Wahlen publiziert.
www.perroncampaings.ch

US-Präsident Barack Obama zieht im Rahmen seiner Möglichkeiten die Zügel beim Umgang der Amerikaner mit Schusswaffen an. Die Regeln für den Verkauf sollen angesichts von 100'000 Toten in den vergangenen zehn Jahren verschärft werden.

Dies kündigte das Weisse Haus gestern an. Obama hatte von seiner Justizministerin Loretta Lynch eine Reihe von Empfehlungen erhalten, wie er strengere Regelungen ohne Zustimmung des Kongresses mit seinen präsidentialen Vollmachten durchsetzen kann.

Was kann der US-Präsident so erreichen? Wie weit kann Obama den Zugang zu Waffen auf eigene Faust beschränken? Politologe Louis Perron: «Man weiss ja noch nicht genau, was Obama im Detail vorhat. Es geht wohl vor allem um Background-Checks durch die Waffenverkäufer. Der Zugang zu Waffen an sich wäre damit noch nicht eingeschränkt. Es gäbe

lediglich bessere Kontrollen.»



US-Präsident Barack Obama und seine Justizministerin Loretta Lynch diskutieren gestern im Oval Office vor Journalisten mögliche Massnahmen für die Eindämmung der Waffengewalt in den USA. Reuters

«Ziel ist es, Kriminelle von Schusswaffen fernzuhalten», sagte Justizministerin Lynch gestern. Allerdings ist die Reichweite des Massnahmenkatalogs begrenzt, er bewegt sich im Rahmen bereits bestehender Gesetze. «Ob die Einführung solcher Massnahmen auf dem Verordnungsweg legal ist, darüber wird in den USA heftig gestritten», sagt Politberater Perron. «Unmittelbar können die Gegner wohl nicht viel mehr tun, als dagegen zu protestieren. Schlussendlich werden wohl die Gerichte darüber entscheiden müssen.»

Das Recht auf Waffenbesitz ist in der US-Verfassung verbrieft (siehe Textkasten unten). «Die USA sind politisch tief gespalten», sagt Perron, der an der George Washington University in Washington D.C. studiert und ein Buch über amerikanische Wahlen geschrieben hat. «Notabene auch bei der Waffenfrage. Es gibt einen grundsätzlichen Glaubenskrieg über die Frage, ob weniger oder mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen.»



Schwer bewaffnet: die republikanische Politikerin Michele Fiore (S. v. I.) und ihre Familie wünschen frohe Weihnachten. Facebook / Michele Fiore

Auf der einen Seite gebe es Leute wie die republikanische Politikerin Michele Fiore, die sich auf ihrer Weihnachtskarte mit der ganzen Familie bis auf die Zähne bewaffnet präsentiere. «Auf der anderen Seite bemüht sich Obama insbesondere nach Angriffen wie 2012 auf die Grundschule in Newtown mit 20 Toten um eine Einschränkung des Zugangs zu Waffen», sagt Perron.

Obama ist jetzt um sein Vermächtnis bemüht. Perron: «Der Kongress hat ihm eine Verschärfung des Waffengesetzes bisher immer verweigert. Es ist Obama daher wichtig, zum Ende seiner Amtszeit wenigstens auf dem Verordnungsweg hier noch einen Pflöck einzuschlagen.»

Aktualisiert am 05.01.2016

Verbrieftes Recht im zweiten Verfassungszusatz

In den USA sind mehr Waffen in Privatbesitz als in jedem anderen Land der Welt – von 100 Einwohnern haben statistisch 88,8 eine Handfeuerwaffe oder ein Gewehr. Zum grossen Teil sind die Waffenbesitzer weisse, verheiratete Männer über 55 Jahre.

Dies ergab eine 2015 im Fachjournal «Injury Prevention» vorgestellte Studie. Nach Angaben der Organisation Action on Armed Violence sind landesweit rund 270 Millionen Schusswaffen in Privathand. Andere Statistiken gehen sogar von bis zu 310 Millionen aus.

Im vergangenen Dezember wurden gemäss staatlichen Zahlen mehr Schusswaffen verkauft als in jedem vorangegangenen Monat während Jahren. Dies schreibt die Nachrichtenseite nytimes.com. Als Hauptursache für den Anstieg gelte die Angst vor strengerer Gesetzgebung bei Waffenverkäufen, heisst es.

Das Waffenrecht ist von US-Staat zu US-Staat verschieden; es gibt ein Durcheinander nationaler, einzelstaatlicher und kommunaler Vorschriften.

Seit dem 1. Januar 2016 ist in Texas sogar das sichtbare Tragen von Schusswaffen erlaubt, auch bei der Arbeit, beim Einkaufen oder im Restaurant. Geschäfte und Restaurants dürfen allerdings Kunden mit offen getragenen Waffen den Zutritt verwehren.

Das «Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen» war 1791 im zweiten Zusatzartikel zur Verfassung verbrieft worden. Das Prinzip galt lange ohne grössere Einschränkungen.

Der Oberste Gerichtshof sprach 2008 den Bürgern ein Grundrecht auf Waffenbesitz zu. Die Richter erklärten ein Gesetz in der Hauptstadt Washington für verfassungswidrig, das Handfeuerwaffen im Besitz von Privatbürgern verboten hatte.

2010 kippte das Gericht auch das strikte Waffenverbot in Chicago (Illinois). Die Urteile wurden als Sieg der einflussreichen Organisation der US-Waffenbesitzer NRA gewertet. (SDA/noo)